

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

FÜNFZEHNTER BAND
1979

VERLAG LAMBERT SCHNEIDER · HEIDELBERG

**REDE VON
RAYMOND ARON**

RAYMOND ARON

ÜBER DIE ZUKUNFT DER FREIEN GESELLSCHAFTEN

In erster Linie darf ich dem Ordenskanzler Dank sagen dafür, daß er die mir vor zwei Jahren zugegangene Einladung wiederholt hat. Damals hatten mir die Umstände nicht erlaubt, diese Ansprache zu halten, die ich heute also nachholen will. Von allen akademischen Ehrungen, die mir in reichem Maß zuteil geworden sind – und wohl mehr wegen meines Alters als wegen der Bedeutung meines Werkes –, hat mir die Aufnahme in diesen, hier vor mir versammelten Orden am meisten bedeutet, handelt es sich doch um einen deutsch-französischen Titel, der mich an die Träume meiner Jugend erinnert, der gewissermaßen ein Symbol ist jenes kulturellen Europas, das in der Vergangenheit unter einem anderen Namen bestanden hat und das noch der Wiedererrichtung harret.

Dieses Europa sollte an sich nicht an der Trennungslinie zu Ende sein, die zwei Teile des deutschen Volkes voneinander trennt. Wenn wir uns aber an politische Maßstäbe halten, wenn wir berücksichtigen, daß England, die Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich die typischen Beispiele von freien

Gesellschaften sind, dann müssen wir feststellen, daß auch diese in der Mitte Deutschlands enden, wobei wir weiter feststellen, daß gegenwärtig diejenigen Gesellschaften, die wir frei nennen, nur eine schwache Mehrheit unter den in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten darstellen: zu dieser Gruppe können wir neben den westeuropäischen Staaten die englischsprachigen Länder Nordamerikas, die britischen Commonwealth-Länder mit europäischer Bevölkerung und vielleicht einige lateinamerikanische Länder rechnen sowie noch – eine scheinbar paradoxe Figur – Indien.

»Freiheitlich« nennen wir heute ein Regime, das wir in früheren Zeiten zugleich demokratisch und liberal genannt hätten. Der erstere Begriff bezeichnet die Art der Berufung der Regierenden, der zweite umschreibt die Grenzen der Staatsgewalt beziehungsweise die dem Einzelnen zukommenden Rechte. Die Regimes der Bundesrepublik und Großbritanniens sind, trotz aller Verschiedenheiten, zugleich demokratisch und liberal: demokratisch darum, weil die Legitimität der an der Regierung Befindlichen aus dem Wahlkampf hervorgeht, den sich die einzelnen Parteien, innerhalb der Parteien aber die einzelnen Persönlichkeiten, liefern; liberal, weil die Grundrechte der Person respektiert sind, weil die Gewerkschaften dem Staat nicht unterworfen sind und die Polizei ihr Amt nur unter Aufsicht der Justizbehörde ausübt.

Dem heutigen Sprachgebrauch gemäß sind frei diejenigen Völker oder Gesellschaften, deren politisches Regime demokratisch und liberal ist. Der deutsche Begriff vom Rechtsstaat, schwer ins Französische zu übersetzen, ist nicht mit Demokratie zu verwechseln. Die deutschen Staaten vor 1870 waren Rechtsstaaten, ohne deshalb demokratisch in unserem heutigen Sinn zu sein; auch das wilhelminische Reich war ein Rechts-

staat, im weiten Grade liberal, kaum demokratisch; behielt doch Preußen seine Ständevertretung und stand die oberste Gewalt einem nicht durch den Volkswillen, sondern durch Geburt, durch das geschichtliche Gewicht einer bestimmten Familie berufenen Herrscher zu. Heutzutage, dem totalitären Regime entgegen, erscheint das demokratische Regime der echte Rechtsstaat oder jedenfalls die beste Garantie des Rechtsstaats.

In den Vereinten Nationen erklären sich alle Staaten demokratisch; sie berufen sich auf den Volkswillen, auf das Volk. Aber wir engen den Begriff Demokratie auf bestimmte Regimes, deren Rechtsordnung Richtlinien vorsieht, denen gemäß die Parteien um die Macht im Staat zu ringen haben und denen gemäß die Regierung die Macht dann auszuüben hat. Die Wahl hat nur unter der Bedingung Sinn, daß sie Gegenstand eines Wettstreits ist, mit anderen Worten, wenn der Wähler zwischen mehreren individuellen oder kollektiven Kandidaturen die Wahl hat. Darum sprechen – zumindest in Frankreich – Politiker und auch Staats- und Gesellschaftswissenschaftler oft von Pluralismus, so daß der Pluralismus mit der Demokratie zusammenzufallen oder ihr Wesen auszumachen scheint. Eine Auffassung, die J.-J. Rousseau und auch manch andere Theoretiker der Demokratie entrüstet hätte. Schließt sie doch irgendwie die Möglichkeit von vornherein aus, daß außerhalb und über den Parteien ein allgemeiner Volkswille oder ein höheres Staatsinteresse bestehen könnten.

Warum hat nun der Pluralismus sowohl in der Theorie als in der Praxis unserer sogenannten demokratischen Staatsordnungen einen so bevorzugten Platz errungen? Sofort hat man dafür eine einfache Erklärung. Gerade im Zeichen der Anklage des Pluralismus und seiner Folgen haben sich totalitär ausgerichtete Parteien den Weg zur Machtergreifung gebahnt. Hin

und her gerissen zwischen Parteien mit unvereinbaren Ideologien scheint der Staat zur Ohnmacht verdammt. Eine der Parteien stellt dann die Staatsgewalt wieder her und reserviert sich ihren ausschließlichen Besitz. In anderen Fällen, wo die Parteien aus ihren kleinlichen Zänkereien nicht herauskommen und nicht fähig sind, eine Regierungsmehrheit zusammenzubringen, füllt für kürzere oder auch für längere Zeit die Armee ihren Platz aus. Es gibt einen zweiten Grund: enthält nicht in sich die volkstümliche Grundlage der Macht das Moment der Wahl der Vertreter durch die Vertretenen? Die Frage würden wir zweifellos mit ja beantworten. Aber Sie wissen, wie zahlreich die Wahlen ohne wirkliche Wahl sich abspielen.

Wir haben in unserem Jahrhundert zwei Beispiele des Einparteien- und totalitären Regimes gehabt. Die Einheitspartei strebt nach dem Monopol des ganzen politischen Lebens und nach der alleinigen Geltung ihrer Ideologie. Die nationalsozialistische Partei und die kommunistische Partei hatten also in dieser Hinsicht dasselbe Ziel: Wiederherstellung der politischen, ja ideologischen oder geistigen Einheit durch die Aufstellung ihrer Doktrin als politisches Dogma. Jede Partei, die die anderen mit ihr konkurrierenden Parteien ausschalten will, kann aufgrund ihres Wahrheitsanspruches nicht umhin, gewisse Freiheiten abzuschaffen, vor allem die Meinungsfreiheit. Je nach den Umständen werden von den Machthabern in der Sowjetunion die Bereiche, wo auf Linientreue gesehen wird, beschränkt oder ausgedehnt. Noch ist die Tragödie der sowjetischen Biologen in aller Gedächtnis: sie wurden Opfer eines Scharlatans, der die Genetik und ihre Wissenschaftler aus der proletarischen Wissenschaft verbannen wollte. Nicht einmal die Hitlerideologen sind so weit gegangen – wenn wir

von der Anthropologie absehen wollen –, die den jüdischen Gelehrten verdankten Errungenschaften aus der erlaubten Wissenschaft zu streichen.

Jedes Einparteienregime ist nicht auch schon totalitär. Der Marxismus-Leninismus hat zum Totalitarismus geführt, weil er eben die gesamte Menschheitsgeschichte erklären, die endgültige Gesellschaftsform in großen Zügen vorzeichnen will; weil die Idealgesellschaft, von der er träumt, als Vollendung der Weltgeschichte das Aufgehen der bürgerlichen Gesellschaft im Staat und mit Hilfe des Staates voraussetzt. In dieser zweifachen Hinsicht bleibt der Marxismus-Leninismus also totalitär, obgleich sich weder die Ideologie noch die Praxis dem Zahn der Zeit völlig entziehen können. Außer den offiziell und tatsächlich marxistisch-leninistischen Ländern Nordkorea, Kuba, Vietnam, Albanien und selbstverständlich China sind aber die meisten Einparteien-Regimes, etwa in Nord- oder Schwarzafrika, nicht totalitär.

Es handelt sich um autoritäre Regimes, wo eine kleine, manchmal um einen Führer gescharte Menschengruppe den Staat in Händen hat, aber um die Bestätigung durch die Wähler bemüht ist. Freilich folgen die Regierungsequipe sowie die Partei, aus der sie hervorgeht, einer mehr oder minder klar gefaßten, stets sozialistisch angehauchten Doktrin, die aber vom Marxismus-Leninismus sehr weit entfernt ist. Diese Einheitsparteien, bei denen die Absicht der völligen Umformung der Gesellschaftsordnung und der menschlichen Existenzgrundlagen fehlt, lassen normalerweise der Diskussion, der Forschung, ja sogar der Opposition einen gewissen Spielraum. Ob die Gegner ausgerottet oder geduldet, mundtot gemacht oder physisch ausgemerzt werden, hängt vom Führer oder von seiner Gefolgschaft ab.

Behält man den Namen »freie Gesellschaften« jenen Gemeinschaften vor, die alle Züge der anglo-amerikanischen oder westeuropäischen Regimes aufweisen, dann schwankt man als Beobachter zwischen zwei in unseren Ländern diesbezüglich bekannten Theorien. Die Kulturen, welche von den westlichen Staaten erschüttert, vielfach gedemütigt und besiegt worden sind, bedienen sich jetzt der Instrumente unserer Macht und Wohlfahrt, der Wissenschaft, der Technik, der Industrie, verwerfen aber unsere politischen Einrichtungen, die zum typischen Ausdruck abendländischer Wertungen geworden sind. Der Dritten Welt sind Hochöfen lieber als Parlamente. Ebenso wenig verbreitet ist die These, nach der das demokratisch-liberale Regime in den armen Ländern, die die Anfangsstadien der Modernisierung durchschreiten, keine Chance hat. Ist es nicht in der Tat auffallend, daß auf der Karte die Zone der liberalen Demokratie sich mit nur wenigen Ausnahmen mit der Zone hohen Lebensstandards deckt?

Gehen wir etwas näher auf die Ausnahme ein. Ich meine Indien. Der Ministerpräsident hatte – unter Ausnützung oder Mißbrauch einiger auf Krisenzeiten bezüglicher Klauseln der Verfassung – die Häupter der Opposition hinter Schloß und Riegel gesetzt. Frau Gandhi befreite dann die Gegner einige Wochen vor den Wahlen, bei denen sie sicher war zu siegen. Aber sie verlor sie, und die politischen Freiheiten, die eingeschränkt oder abgeschafft worden waren, wurden wiederhergestellt.

Man sieht also, wie ein Land, das nach den landläufigen Theorien nicht mit demokratischen, liberalen Methoden regiert werden kann, beharrlich an der britischen Erbschaft festhält. Dreißig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung bezeugt die *Welt der Politik* (»classe politique«) dort nach wie vor ihre

Achtung vor dem Parlament freien Wahlen, dem Prinzip des Habea Corpus. Freilich, man könnte einwenden, daß die dortige Sozialstruktur, das Überleben der Kastengesellschaft nicht gut zu einer »freien Gesellschaft« passen und daß dreiBig Jahre eine für Vorhersagen zu kurze Periode sind. Ich verkenne nicht die Stichhaltigkeit aller dieser Einwände. Am Beispiel Indien wird nur meiner Meinung nach ein Phänomen greifbar, von dem aus man die Plattheiten in Zweifel ziehen kann, die allgemein im Schwange sind. Wo die demokratischen Einrichtungen einen guten Ruf und moralische Autorität haben, wo die Leute an der Macht ihre Gewalt nicht konsequent bis zum Äußersten auszuüben wagen, kann das liberale Regime auch in einem sozial schwierigen Kontext überleben, unter der Bedingung, daß die Massen nicht durch ungestüme Modernisierung und Zerstörung ihrer Traditionen zur Revolte getrieben werden. Einerseits eine Politikerschicht, die an den freiheitlichen Einrichtungen hängt, andererseits Volksmassen, die noch mehr auf ihre althergebrachten Glaubensvorstellungen halten als auf diesseitige Heilsverkündungen, das scheinen mir die beiden Ursachen des aus der Reihe fallenden Phänomens Indien zu sein.

Nun wieder zurück zu Europa. War die demokratische Restauration im Jahre 1945 ein Erfolg? Zweifellos. Zur Überraschung der meisten Beobachter hat sich das Franco-Spanien unter monarchischer Leitung bruchlos in ein demokratisch-repräsentatives, pluralistisches, liberales Regime verwandelt. Nach Salazars Sturz haben die Gemäßigten, die liberalen Demokraten über die extremistischen Anwandlungen die Oberhand behalten. Ein englischer Philosoph, Ernest Gellner, hat eine auf den ersten Blick hin paradoxe Behauptung aufgestellt: die Idee der Liberalisierung sei daran, an die Stelle der

Idee der Revolution zu treten. Tatsächlich ist im Süden wie im Osten Europas die Liberalisierung mehr und mehr an der Tagesordnung.

Warum der Gegensatz zwischen der Nachkriegszeit nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg? Warum haben sich die negativen Seiten der demokratisch-liberalen Regimes im Verlauf der letzten dreißig Jahre abgeschwächt, während sie nach 1918 so grell zutage traten? Das pluralistische Regime, welches die Staatsgewalt aus der Parteienkonkurrenz hervorgehen läßt, läuft ständig Gefahr, keine Mehrheit oder doch nur schwankende und aus diesem Grund handlungsunfähige Mehrheiten zur Verfügung zu haben. Die legitime Konkurrenz von Parteien, die die Verfassung respektieren, wird zu einem gleichsam revolutionären Kampf in dem Moment, wo das Weiterbestehen des Grundgesetzes zum Streitobjekt wird. Man denke nur an die letzten Jahre der Weimarer Republik, man vergleiche diese mit der Bundesrepublik, und man ermißt mit einem Blick den Abstand zwischen den Extremfällen: in dem einen sehen wir verfassungstreue Parteien durch die der Verfassung als solcher feindselig gegenüberstehenden in die Minderheit gedrängt; in dem anderen lassen die drei Parteien, auf die es allein ankommt, die Organisation und die Prinzipien des Regimes ganz aus dem Spiel.

Die gleichsam einstimmige Anerkennung der Verfassung allein genügt noch nicht zur Sicherstellung einer homogenen Mehrheit. In Frankreich entgeht die Fünfte Republik, dank einem dem Staatspräsidenten eingeräumten Übergewicht sowie dank dem Wahlsystem, der alten Nationalkrankheit der mangelnden Stabilität, wie sie in den vorhergehenden Republiken zu beobachten war. Drei von den vier großen Parteien stehen heute der Politik der Regierung ablehnend gegenüber.

Mit einer anderen Verfassung befände man sich in einer ausweglosen Lage, so wie in gewissem Sinne Italien, wo die Christdemokraten nicht ohne die Kommunisten regieren können und mit ihnen nicht regieren wollen.

Sozusagen verschwunden vom politischen Schauplatz sind die Konterrevolutionäre, die Anbeter der Überlieferung, die Gegner einer von Wirtschaft und Handel getragenen Zivilisation, die Rechtsradikalen. Das Beispiel und die Nachbarschaft des Marxismus-Leninismus an der Macht schwächt die Anziehungskraft von Bewegungen, die Lehren derselben Tendenz anhängen. Obwohl die kommunistischen Parteien in Italien und in Frankreich ihre Kundschaft halten oder sogar vermehren – freilich unter Beteuerung ihres Respektes vor der bestehenden Verfassung.

Das außergewöhnliche Vierteljahrhundert ununterbrochenen Wirtschaftswachstums, das die Europäer erlebt haben, hat die liberalen Regimes mit dem Nimbus des Erfolgs umgeben, während die Ohnmacht gegenüber der großen Depression in den dreißiger Jahren zur Verdammung der Politiker und Institutionen führte. Die Krise der letzten fünf Jahre führt keineswegs zu Reaktionen, die jenen von der großen Depression ausgelösten vergleichbar wären. So hat denn auch die heutige Krise mit jener von 1929–1933 höchstens den Namen gemein. Weder die Lage der Arbeiter noch die der Arbeitslosen von heute ist mit der Situation dieser Kategorien zu jenem Zeitpunkt vergleichbar, als Millionen Wähler ihre Stimmen und ihr Vertrauen den Nationalsozialisten oder den Kommunisten schenkten.

Natürlich könnte eine wirkliche Energieknappheit die westlichen Regimes erschüttern und vielleicht in Frage stellen.

Zu diesen beiden Hauptgründen (die Extremisten förmlich vom Erdboden verschwunden, die Wirtschaft blühend) kommt nun ein dritter: der Abstieg der Nationalismen. Nach dem ersten Weltkrieg hatte Frankreich im Konzert der Mächte Europas, ja der Welt, eine Stellung inne, die in keinem Verhältnis stand zu seinen Kräften, zu seinem nationalen Willen, zur Standfestigkeit des Regimes. Deutschland dagegen verfügte nach wie vor über die Hilfsmittel einer Weltmacht, einer großen Politik; behindert durch den Versailler Vertrag forderte es – und in dem Maß, in dem die wirtschaftliche Notlage sich in die Länge zog, mit wachsendem Ungestüm – die Revidierung gewisser Vertragspunkte. Heute haben alle europäischen Staaten ihre Großmachtstellung – oder ihre diesbezüglichen Illusionen – verloren. Die Bundesrepublik Deutschland hat – bis 1969 – außenpolitisch kaum eine Wahl gehabt. England hat sich als *gentleman* aus seinem Kolonialreich zurückgezogen und sich in seinen wirtschaftlichen Abstieg fast mit Humor gefügt; freilich ist es nur ein relativer Abstieg, im Vergleich zum Fortschritt der kontinentalen Länder. Als Macmillan seinen Wahlkampf mit dem Slogan führte: »You never had so good«, sagte er die Wahrheit. Aber die in derselben Zeit von ihren Erfolgen selbst ganz überraschten Franzosen waren drauf und dran, Großbritannien mit ihrem Nationalprodukt zu überholen. Die im demokratisch-parlamentarischen Leben oft unvermeidliche Kompromißpolitik reimt sich schlecht zu den außenpolitischen Notwendigkeiten. Frankreich mußte zu Ende der fünfziger Jahre eine Entscheidung treffen, die für das Land selbst von weltgeschichtlicher Bedeutung war. Es mußte, um den Algeriern ihre Unabhängigkeit zuzubilligen, auf einen Diktator – im altrömischen Sinn – zurückgreifen. Eine auf eine heterogene Regierungsmehrheit

gestützte Führung hätte den gordischen Knoten wahrscheinlich nicht zerschlagen.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben als Weltmacht *par excellence* – ohne deshalb ihre Verfassung zu ändern – eine imperiale Politik geführt. Zwischen 1947 und 1973, zwischen dem Beginn des Kalten Krieges und dem Sturz Richard Nixons, haben die Inhaber des Präsidentenamtes alle Machtmittel spielen lassen, die die Verfassung ihnen bot, beziehungsweise, besser gesagt: nicht ausdrücklich vorenthielt. Mit Recht hat man von einer kaiserlichen Präsidentschaft gesprochen.

Die Katastrophe in Vietnam führte zur Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß. Dieser verweigerte Henry Kissinger die etlichen Millionen Dollar, die er zur Unterstützung einer der Befreiungsbewegungen in Angola verlangte. Ebenso verzögerte die griechische Lobby um einige Jahre die Wiederaufnahme der amerikanischen Hilfe für die Türkei (mit dieser Hilfe war wegen der Zypern-Ereignisse ausgesetzt worden).

Die Diplomatie der Vereinigten Staaten hat sich geändert, weil die Volksstimmung sich geändert hat und weil auch der Kongreß die Aktionen des Präsidenten genauer überwacht. Zur Verhinderung eines neuen Vietnam-Krieges? Oder um dem, dem das nationale Geschick anvertraut ist, die Hände zu binden? Vielleicht beides zugleich.

Lassen Sie mich jetzt einen Blick in die Zukunft tun. In erster Linie möchte ich einige Behauptungen widerlegen, die da und dort auf Widerhall stoßen, aber der Prüfung nicht standhalten. Da man demokratisch-liberale Regimes fast ausschließlich in den industrialisierten Ländern mit hohem Lebensstandard findet, warum sollte man nicht die Hoffnung haben dürfen, daß die autoritären oder totalitären Regimes sich zu demokra-

tischen oder doch wenigstens liberalen Strukturen hin entwickeln? Diese Theorie nannte man vor einigen Jahren Konvergenztheorie. Man könnte sie auch auf die Länder der Dritten Welt anwenden.

Diese Theorie ist – obwohl die Marxisten-Leninisten sie zurückweisen – marxistisch inspiriert. Die Regierungsform Funktion des Lebensstandards oder des wirtschaftlichen Entwicklungsgrades? Man muß an die Korrelation von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen denken. Diese Theorie impliziert, daß die demokratisch-repräsentativen Einrichtungen, der Parteienpluralismus eine universelle Erscheinung sind, der normale politische Ausdruck eines wirtschaftlich blühenden, modernen Landes. Eine letztlich europäozentrische Anschauung: der britische Parlamentarismus, schon auf dem europäischen Kontinent nur unter Schwierigkeiten rezipiert und heimisch gemacht, soll sich über die ganze Welt ausbreiten, zugleich mit den Autos und mit den Flugzeugen. Naive Geschichtsphilosophie.

Sicherlich stellt man in der Sowjetunion eine Liberalisierung im engeren Sinn des Wortes fest: Vergrößerung der den Künstlern, dem Privatleben gelassenen Freiheitszone. Etwas wie die Affäre Lyssenko scheint in der Sowjetunion von heute kaum mehr möglich. Aber die Liberalisierung stößt auf zwei Hindernisse: die Legitimität der kommunistischen Partei, die Notwendigkeiten des Imperiums.

Schriftsteller, Gelehrte und Künstler haben nun einen etwas größeren Spielraum in ihrem Schaffen, in ihrer Forschung, ja auch bei der Kritik der Zustände. Aber die Kritik der Wirklichkeit darf eben das Regime als solches nicht treffen. Was die wirkliche Liberalisierung der Einparteien-Regimes verhindert, ist der Umstand, daß sie die Infragestellung der Legiti-

mität der Parteiherrschaft nicht zugeben können. Es stimmt, daß die Mehrparteien-Regimes in manchen Ländern die Anerkennung der Verfassung durch alle Staatsbürger fordern. Die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, diejenigen Parteien zu dulden, die sich auf offene oder heimliche Weise als Ziel die Veränderung der Verfassung durch Gewalt geben. Aber sie schließen die Diskussion über die Verfassung des Staates oder die Struktur der Gesellschaft nicht aus. Der Marxismus-Leninismus dagegen ist gezwungen, die Infragestellung auf das geringste Maß zurückzuschrauben, weil die Gesellschaft, die auf ihm beruht, dem Ideal der Doktrin nicht entspricht. Die Rede- und Meinungsfreiheit ist unvereinbar mit einem Regime, dessen Prinzipien seine Praxis verurteilen.

Eine teilweise, fortschreitende Liberalisierung der Sowjetunion ist nicht auszuschließen, eine wirkliche Demokratisierung dieses Vielvölker-Imperiums aber erscheint mir historisch kaum denkbar. Eine Parteienkonkurrenz wie die in den Vereinigten Staaten scheint mir unvorstellbar, solange die Sowjetunion bleibt, was sie ist, eine durch militärische Gewalt bewirkte Vereinigung von Völkern, aufrechterhalten durch die ideologische und politische Einheit des Zentrums. Die freiwillig oder unfreiwillig ins westliche Exil gegangenen Dissidenten sind mehr oder minder einstimmig gegen das gegenwärtige Regime, hinsichtlich der Notwendigkeit der Freizügigkeit gegenüber den fremdnationalen Völkerschaften gehen (von nichtssagenden Erklärungen abgesehen) die Meinungen auseinander.

Von den drei Weltmächten unserer Zeit gehören zwei, die Sowjetunion und Volkschina, nicht den Gesellschaften an, die man frei nennen könnte. Nicht nur weil der Lebensstandard nicht hoch genug und weil die Beschleunigung des wirtschaft-

lichen Wachstums das höchste Ziel ist. Verschiedene Erklärungen, die sich nicht ausschließen, scheinen wahrscheinlich.

Wenn auch – von oben herab – modernisiert, europäisiert, hat Rußland doch seine Bürokratie über alle revolutionären Umwälzungen hinweg beibehalten. Seit dem achtzehnten Jahrhundert hat diese Bürokratie die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft erstickt. Die Ideologie, der die sowjetischen Herrscher still in einem gewissen Sinne treu geblieben sind, verurteilt und verhindert die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft, die Autonomie verschiedener Gruppen. Trotz mancher spezifischen russischen Züge bietet leider die sogenannte marxistisch-leninistische Partei ein mögliches Modell für die technische Zivilisation, eine primitive Lösung der Schwierigkeiten der pluralistischen Demokratien.

Überall ist die Macht der Tradition erschüttert oder, besser gesagt, ihres Wesens beraubt worden. Wo sie noch besteht, wie im Nahen und Mittleren Osten, ist sie sich ihrer Gebrechlichkeit bewußt. Mag sie der Modernisierung nun die Tore öffnen oder sie ihr verschließen, diese nagt an ihren Grundfesten. Wo die Tradition, also die auf dem Gewicht der Vergangenheit begründete Legitimität einmal ausgeschaltet wurde, kann es nur mehr zwei Arten von Legitimität geben, die eine mit dem Argument »Gegenwart« und die andere mit dem Argument »Zukunft«, alle beide unter Berufung auf das Volk. In den pluralistischen Demokratien wird der Staatsbürger befragt und die Regierungsbefugnis vom Wahlergebnis abgeleitet; die Einparteien-Regimes berufen sich auf ihre Sendung und auf ihre geschichtliche Aufgabe, die als Dienst an den kommenden Generationen gesehen wird. Logisch betrachtet, besteht zwischen Demokratie und Einheitspartei ein Widerspruch, aber sowohl die Erfahrung als die Theorie erweist ihre

Vereinbarkeit, jedenfalls in Wörtern. J.-J. Rousseau unterschied zwischen dem Willen aller und dem Willen der Allgemeinheit. Alle Einheitsparteien, die auf ihr Monopol pochen, halten sich für den Ausdruck des Willens der Allgemeinheit, der als dem Insgesamt der Staatsbürger zugleich immanent und überlegen gedacht wird. In den stabilisierten Demokratien ist die Verfassung der Kern des Willens der Allgemeinheit.

Somit spielt sich der Parteienstreit im Rahmen der angenommenen Regel ab und hat nicht die Regeln als solche zum Streitobjekt. Daraus schließe ich aber nicht, daß die pluralistischen Demokratien nur in den befriedeten Ländern gedeihen, in denen sie imstande sind, sich ohne Orientierungsänderung, ohne Ausmerzungen lästiger Überbleibsel zu entwickeln. Manche liberale Demokratien zeigen tatsächlich eine wirkliche Adaptationsfähigkeit. Ich will nur sagen – und ich bitte um Verzeihung wegen dieser ganz simplen Feststellung –: ein Regime, in dem die Staatsgewalt aus dem Wettbewerb der Parteien hervorgeht, hat mehr Chancen zu bestehen und wirkungsvoll zu handeln, wenn die Parteien, also die gesellschaftlichen Gruppen, nicht in vitalen Fragen uneins sind. Man kann auch noch sagen: wenn es um die Grundinteressen der verschiedenen Gruppen geht, verfügt die durch die allgemeinen Wahlen berufene Partei nicht immer über eine Mehrheit oder stößt sich, auch wenn sie über eine solche verfügt, an Widerständen, die sie nur schwer durch gewöhnliche Maßnahmen überwindet. Da stellt sich die Frage der sogenannten Unregierbarkeit der modernen Demokratie.

Mit anderen Worten, die Demokratie – wie übrigens alle politischen Herrschaftsformen – ist und bleibt verwundbar. In höherem oder geringerem Grad als das Einparteien-Regime? Darüber kann man streiten, und die Antwort ist schließlich

ohne Belang. Ich möchte nur noch – am Ende dieser Übersicht – einige spezifische Gründe für die Gebrechlichkeit der pluralistischen Demokratien in unserer Zeit aufzeigen – Gründe, die sich aus den dieser Staatsform eigentümlichen Zügen ablesen lassen. Der Zukunft gehört die Antwort.

Als auf die Gegenwart gegründete Regimes, als Ausdruck des Wählerwillens, neigen die pluralistischen Regimes zur Vernachlässigung vorausschauender Planungen, zu größtmöglichem Entgegenkommen gegenüber den Ansprüchen der Wähler, auch unter Verkennung der Erfordernisse der Zukunft. Vor allem sind die westlichen Demokratien beiderseits des Atlantiks heute von dem hinterhältigen Übel der Entvölkerung betroffen, vom Sturz der Geburtenziffer unter das zur Sicherung des Nachwuchses notwendige Minimum, das wenigstens eine Wachstumsquote 0 ergäbe.

In der Bundesrepublik spricht man kaum über dieses Problem, vielleicht wegen der Propaganda während der Hitlerzeit. In Frankreich, wo man zuerst in Westeuropa den Niedergang der Geburtenzahl erlebt hatte, gibt es seit mehr als einem Jahrhundert und nach einem Wiederanstieg der Geburtenziffern in der Nachkriegszeit jetzt neuerlich Diskussionen darüber.

Freilich hat die Regierungsform auf solche Erscheinungen viel weniger Einfluß als die allgemeine Kultur, die Entwicklung der Sitten, die Lebensart, die Städte sowie die durch sie geschaffenen Existenzbedingungen. Die Länder Osteuropas können sich diesem übernationalen Phänomen nicht entziehen, das die europäischen Russen genauso gut trifft wie die Engländer, Franzosen oder Deutschen.

Zweitens: aus dem Lager der Extremliberalen kommt die Kritik des Übermaßes an Sozialgesetzgebung. Auf das berühmte Zitat von Alexis de Tocqueville greifen sie zurück. Sie erinnern

sich zweifellos an die oft zitierte Analyse von A. de Tocqueville: »Über den einzelnen erhebt sich ein ungeheurer Vormundschaftsstaat, der allein ihr behagliches Dahinleben sichert, über ihr Geschick wacht. Es ist ein absoluter, peinlich genauer, geregelter, voraussichtiger und milder Staat. Er würde der väterlichen Gewalt ähnlich sein, wenn er, wie jene, das Ziel verfolgte, die Menschen auf ihr Leben als Erwachsene vorzubereiten, aber er sucht, im Gegenteil, nichts anderes, als sie unwiderruflich in ihrer Kindheit festzuhalten; er liebt es, wenn die Staatsbürger sich vergnügen, vorausgesetzt, sie denken an nichts anderes als den Genuß. Er bemüht sich bereitwillig um ihr Glück; will aber dessen einziger Mittler und Vermittler sein; er sorgt für ihre Sicherheit, plant und stillt ihre Bedürfnisse, leitet ihre Gewerbetätigkeit, entscheidet über ihre Hinterlassenschaften, verteilt die Erbschaften: aber kann er ihnen die Not des Denkens und die Mühe des Lebens ganz abnehmen?« Nähern sich die europäischen Demokratien diesem »Idealtyp« an? Ich glaube nicht.

Alle westeuropäischen Länder bemühen sich so gut wie sie können um die Sicherheit der allgemeinen ärztlichen Betreuung, um Unfall- und Altersversicherung. So wird der Abstand zwischen den Kosten der Arbeitskraft für die Arbeitgeber und den von den Angestellten bezogenen Löhnen immer größer. Sind dieser Abstand, diese Verteilung des Nationalproduktes wirkliche Hindernisse für das Funktionieren der Marktwirtschaft? Jedenfalls noch nicht. Diese Lastenausgleiche können vielmehr gerade dem Zusammenbruch der Gesamtnachfrage – der die große Depression der dreißiger Jahre auslöste – zuvor kommen. Aber es kommt eben immer auf das rechte Maß an.

Von allen Ecken kommt der Ausdruck der Angst über die Bildung der jungen Generationen. Diese Gefahr haben die grie-

chischen Philosophen treffend analysiert. Sind die Demokraten fähig, die Menschen zu bilden, die sie brauchen? Ist das jetzige Erziehungs- und Unterrichtssystem den Notwendigkeiten einer freien Gesellschaft angepaßt? Ich erinnere mich an die Schilderung von der Korruption der Demokratie, die wir in der Politeia des Plato lesen. Wenn die Kinder sich wie die Eltern verhalten und die Eltern wie die Kinder, dann ist die Ordnung der Gesellschaft außer Fassung gebracht. Darüber gibt es so viel zu sagen, daß ich es vorziehe, die Frage zu stellen ohne jeden Versuch, sie zu beantworten.

Von denjenigen, die fürchten oder glauben, daß die Machtpolitik von der Welt nicht verschwunden ist, kommt die entscheidende Frage nach der Verteidigungsfähigkeit der Demokratien.

Die pluralistischen Demokratien sind in Europa mit den totalitären Regimes konfrontiert. Die Feindseligkeit der Dritten Welt geht vielleicht auf das Konto unserer Fehler von gestern oder auch von heute, die Feindseligkeit der totalitären Regimes aber verdanken wir unseren Verdiensten. Das Überleben der freien Welt hängt nicht nur von ihrer Prinzipientreue ab, sondern auch von ihrer Fähigkeit, sich zu verteidigen, den offenen oder versteckten Drohungen die Stirn zu bieten. Zur Zeit verkörpern die pluralistischen Demokratien – verglichen mit den Regimes im anderen Teil Europas – zugleich den wirtschaftlichen Fortschritt und die politische Freiheit. Moralisch haben die Westmächte den Kalten Krieg zwischen den beiden Teilen Europas gewonnen. Aber die historischen Auseinandersetzungen folgen nicht immer dem moralischen Urteilsspruch. Alle unabhängigen Gemeinschaften, mit was immer für einem politischen Regime, die ihr Geschick selbst in die Hand nehmen wollen, können auf die Tugend der einzelnen nicht ver-

zichten. Die Freiheiten, die in unseren Regimes den einzelnen zukommen, setzen, wie immer man es nennen mag, Bürgersinn oder Patriotismus oder staatsbürgerliche Gesinnung voraus. Der Parteienstreit tendiert dazu, die Urtugenden der Demokratie abzunützen; schließlich fühlt sich der Gegner dem von der von ihm bekämpften Partei geführten Staat nicht mehr verpflichtet. Das ist der Einsatz, das Risiko der Demokratien.

Daß die freien Gesellschaften derzeit in Europa dem anderen Modell aufgrund der Anziehungskraft ihrer Städte, des Lebensstandards der Bevölkerung, der Leistungen unserer Wissenschaftler überlegen sind, wird wohl ein unvoreingenommener Beobachter schwerlich leugnen können, aber es ist nicht genug, unsere Demokratie vorzuziehen, weil sie sich wirtschaftlich als das bessere System erweist – die östlichen despotischen Regimes könnten ja schließlich die Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaft steigern, ohne viel von ihren Vorurteilen aufzugeben. Nein, man muß die pluralistischen Demokratien um ihrer selbst willen vorziehen; wer die Freiheit nicht um ihrer selbst willen liebt, liebt nicht die Freiheit. Wenn man in unserer Zeit – nicht unbedingt für alle Zeiten und alle Breiten –, wenn man in unserer Zeit der Demokratie den Vorzug gibt, dann heißt das, daß man dasjenige Regime wählt, das – im Hinblick auf die Bildung einer von der Nation als legitim anerkannten Regierung – zwischen allen Interessengruppen, zwischen allen Parteien, zwischen allen Staatsbürgern einen ständigen Dialog unterhält.

Die auf die Geschichte gegründete Autorität gibt es nicht mehr: die Einheitsparteien maßen sich an, im Namen der Zukunft zu sprechen, die ihnen unbekannt ist, aber die sie gestalten wollen. Unsere Demokratien appellieren an den Staats-

bürger, sie setzen auf die Fähigkeit der Leute, sich nach gewissen Gesetzen selbst zu regieren.

Die freien Gesellschaften beruhen auf einem Vertrauensakt. Darf ich zum Schluß nochmals denselben Autor zitieren, der übrigens dem Adel entstammte und mit der Demokratie mehr vernunft- als herzensmäßig verbunden war: »Die Despoten selbst leugnen keineswegs, daß die Freiheit eine ausgezeichnete Sache ist; nur wollen sie diese nur für sich selbst und geben vor, daß alle anderen ihrer ganz unwürdig seien. So unterschieden sich eben die Leute nicht sosehr durch die Auffassung, die sie von der Freiheit haben, sondern durch die mehr oder minder hohe Achtung, die sie für die Menschen empfinden, und in dieser Perspektive kann man vielleicht dezidiert behaupten, daß der Gefallen, den man an der absoluten Regierungsform findet, in einem geraden Verhältnis steht zur Geringschätzung, mit der man sein Land betrachtet.« Erlauben Sie mir, daß ich mich vorerst noch nicht zu einer solchen Haltung bekehre.